

für Halle vierteljährlich 2 50 M., durch die Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Bezugsstellen angenommen. Nummer 5382 des amtlichen Zeitungs-Verzeichnisses.

Für die Redaktion verantwortlich: J. B. Albert Verlag in Halle.

[Schriftverbindung mit Berlin und Leipzig.]

Saale-Beitung.

(Der Bote für das Saalkthal.)

Fünfundzwanzigster Jahrgang.

werden bis Spätmittag oder deren Raum mit 25 Pfg., solche nach Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unserer Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Restanten die Seite 60 Pfg.

Erkheft täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertage.

[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nicht gestattet.]

Die Deutschen im Auslande.

Vor einigen Jahren gab ein Ausspruch des Herrn von Bennigsen Anlaß zu guten und schlechten Scherzen. In einer Debatte, die manche Klage über die inneren Zustände des Reiches zutage förderte, hatte der nationalliberale Parteiführer gesagt, man möge nur die Deutschen im Auslande fragen, die seien stets unzufrieden mit allem, was in der Heimat geschieht. Der Wunsch, über fernische Verhältnisse das Zeugnis von Leuten einzuholen, die vollständig in Fremdländern leben, mußte auch in seiner zurückhaltenden Form heitere Uebertragung hervorrufen und die Meinung ward endlich nirgendwo bestritten worden, daß ein maßgebendes Urteil nur aus eigener Anschauung gewonnen werden kann. Derselbe Einseitigkeit aber wird ohne Zweifel auch über die Notwendigkeit herrschen, den im Auslande lebenden Deutschen, wie sie auch übrigens von der politischen Entwicklung ihrer Heimat denken können, denjenigen Schutz von Reiches wegen angedeihen zu lassen, auf den sie als Kinder der deutschen Erde unter allen Umständen Anspruch erheben dürfen. Nach dem vom Reichstagler neulich gehaltenen Antrage aber sieht es nun fast so aus, als wolle sich die Regierung nach dieser Richtung eine Reserve aufheben, für die man im deutschen Volke nur wenig Verständnis haben dürfte.

In Chile, einem jener Länder, von denen man eigentlich nur hört, wenn sie von Aufruhr erfüllt sind, hat man kürzlich mit anderen Europäern auch deutsche Kaufleute angeworben. In den Kreisen, die mit der Interessen des überseeischen Handelsverkehrs eng verflochten sind, wurde es lebhaft beklagt, daß die deutsche Regierung nicht zum Schutze ihrer Reichsangehörigen Kriegsschiffe an jene Küste entsandt habe, und die Klage erschien umso mehr gerechtfertigt, als auch die aufständische Partei in Chile die Deutschen mit dem Hinweis auf das Fehlen einer Flottenmacht bedroht hatte. Am Reichstag kam die Angelegenheit zur Erörterung und der Reichstagler von Caprivi verließ sich zu dem nationalliberalen Parteiführer auf die Unterstützung der Reichsangehörigen im Auslande, die von dem nationalliberalen Parteiführer ausgehenden Anregungen ungewöhnlich kühl und ablehnend. Aus seiner Rede ging hervor, daß er die Entsendung der Flotte an ferne Küsten für nicht viel mehr als eine inhaltlose Demonstration ansehe, die den Angehörigen des betreffenden Staates zwar einige große Genugthuung bereiten, im Grunde aber an den tatsächlichen Verhältnissen nicht das Geringste ändern könne. Auch meinte der Kaiser, wie die Entsendung eines einzelnen Kriegsschiffes noch jetzt verlange, der habe sich wohl nicht klar gemacht, wie wenig ein solches Fahrzeug für den Schutz einer langgestreckten Küste zu bedeuten habe.

Es ist beaurtheillich, daß diese Ausführungen bei einem Theile der liberalen Parteien Beifall fanden, und wir könnten in Rücksicht auf die Herrn v. Bennigsen recht wohl auf die Deutschen im Auslande verweisen, die von dieser Stellungnahme der Reichsregierung durchaus nicht enttäuscht sein werden. Aber es wird auch in diesem Falle besser sein, ohne so weit hergeholt zu werden, die Dinge in nächsterer Nähe und unter Vermeidung jeder nationalen Phrase zu betrachten. Herr v. Caprivi unterscheidet sehr fein zwischen importierenden und realen Wirkungen; er meint impenen könnten die deutschen Schiffe ja am Ende, realen Nutzen könnten sie unter Umständen nicht bringen. Auch für diese Unterscheidung wird sich nur schwer Verständnis finden, denn so gewiss ein Kriegsschiff oder mehrere an fremden Küsten nicht den Kampf mit den Machtgehobenen aufnehmen können, ebenso sicherlich wird ihr Erscheinen aber diese Machtgehobenen in der Richtung der Behandlung derjenigen Staatsangehörigen bringen, deren Flagge von Ufer aus sichtbar ist. Unter diesen Umständen fällt also die reale mit der importierenden Wirkung durchaus zusammen. Besonders in nicht oder nur theilweise civilisirten Gegenden werden die Stärkeren häufig geistig sein, die Schwächeren zu vernünftigen; diese Neigung aber wird begünstigt werden in dem Augenblick, wo der Schwache nicht mehr allein steht, sondern sich als das von Schutz nicht entbehrende Glied eines mächtigen Ganzen fühlen darf. Die Lage in Chile wäre gewiß nicht verändert, wenn ein deutsches Kriegsschiff dorthin geschickt worden wäre; Aufruhr und Unruhen würden ohne Zweifel fortwähren. Ob aber die Lage der Deutschen nicht gebessert, ob ihnen nicht befürmerter Rücksicht begegnet worden wäre, diese Frage wird vielfach in anderem Sinne beantwortet werden, als sie in der Rede des Herrn v. Caprivi beantwortet wurde.

Herr v. Caprivi sagt sich als praktischer Mann: Wenn ich ein Kriegsschiff nach Chile schicke, so kann es vielleicht im besten Falle einen Küstenerwerb, unmöglich aber kann es an zwanzig Orten zugleich sein und an allen diesen zwanzig Orten haben die Deutschen doch jedenfalls gleichen Anspruch auf Schutz; lieber also gar keine importierende Wirkung als eine Verurteilung eines bestimmten Küstenerwerbes. Das klingt sehr logisch und außerordentlich gerecht, aber es klingt auch nur so. Mit derselben Berechtigung etwa könnte sich jeder Privatmann Opfer verlangen mit der Begründung, da er ja doch nicht alles Geld aus der Welt schaffen könne, so wolle er mit Wohlthaten im Kleinen gar nicht erst anfangen. Auch von freisinniger Seite ist diese staatsmännliche Weisheit entschieden zurückgewiesen worden und ein betterer Fortschrittler hat treffend gesagt: „Welche Feuerwehr fragt, wenn Menschen in einem brennenden Hause mit Lebensgefahr bedroht sind, zunächst danach, ob sie auch alle Verdröben zu retten vermögen, um, falls sie diese Frage verneinen müßte, in Ermangelung eines realen Nutzens zu Hause zu bleiben?“

Die Erwägungen des Herrn v. Caprivi lassen den moralischen Eindruck gänzlich außer Acht, den jede europäische Machtentfaltung und wäre sie noch so gering, auf die Bevölkerung überseeischer Länder unter allen Umständen macht. Ganz abgesehen davon, daß in dem Konstantinopel ein Schiff nicht seltener schwer fallen kann, auch an der weitgestreckten

chilienischen Küste die jeweils am meisten bedrohten Punkte herauszufinden, wird man sich's eben im ganzen Lande gelagt sein lassen, daß die vertriebenen deutschen Kaufleute nicht verlassen, sondern beirathet wird durch das Ansehen ihres mächtigen Heimattrupps. Wie tief dieser Eindruck zu wirken pflegt, das haben unsere ostantinischen Erfahrungen ungewöhnlich klar gezeigt; ohne die Anwesenheit der Flotte hätte der Reichsminister sein schweres Verth nicht zu befriedigendem Ende führen können, und dabei verläßt es nicht, daß auch dort das deutsche Geschwader nicht überall zur Stelle sein, nicht jeden Schaden an Leben und Gut verhindern konnte. Die chilenischen Behörden bieten nur den zufälligen Anlaß zu diesen Betrachtungen. Der dem Deutschen vom allerhöchsten ungewöhnliche Vorkertritt führt ihn an die Küsten aller zugänglichen Länder der Erdkugel und für die Interessen des gesamten deutschen Exportverkehrs gibt es kaum eine wichtigere Frage als die nach dem Antrage, den der von der Heimat Geschickene in kritischer Zeit für sich und sein Vermögen auf Hilfe vom Mutterlande erheben darf. Es wäre daher sehr wünschenswert, daß sich halb die Gesandtschaft fände, die Grundzüge festzustellen, nach denen in Zukunft in Bezug auf den Schutz der Deutschen im Auslande verfahren werden soll. Was die Rede des Reichstagslers nach dieser Richtung enthielt, wird weder in der Heimat noch in der Fremde Befriedigung hervorrufen können und es wird sich die Nothwendigkeit ergeben, auch im Rahmen der heute verfolgten Kolonialpolitik die zur Hilfeleistung erforderlichen Fahrzeuge bereit zu stellen. Bei den letzten Marinerebellen ist von allen möglichen und unmöglichen Aufgaben und Pflichten der deutschen Flotte die Rede gewesen, nur der Schutz der überseeischen Handelsinteressen blieb nahezu gänzlich unberücksichtigt. Und doch ist gerade hier die Hauptaufgabe der Weltmacht zur See in Friedenszeiten zu suchen. Der Endzweck der Kolonialpolitik ist, dem deutschen Ausfuhrhandel neue und lohnende Gebiete zu erschließen, den Kaufmann unter dem Schutze der Reichsmacht als Pionier der Civilisation voranzuführen in den dunklen Erdtheil. Was aber dem deutschen Kaufmann in Ostafrika recht ist, das sollte seinem Handelsgenossen in allen Ländern der bewohnten Erde billig sein. Auch jetzt, nachdem Deutschland, wie Herr v. Caprivi sich ausdrückte, „in den Besitz von Kolonien gerathen ist“, wird die Regierung sich nicht der Verpflichtung entziehen dürfen, die Handelsbeziehungen und in schwereren Fällen auch das Leben der Reichsangehörigen nach besten Kräften zu schützen, auf die Gefahr hin, nur eine importierende Wirkung zu erzielen und nicht eine Aenderung der realen Verhältnisse. Schon mit der bloß importierenden Wirkung werden die Deutschen im Auslande zufrieden sein, nicht aber mit dem Bewußtsein, daß man sie mit höchsten Bewachern den Wechselfällen ihrer Geschäfte an fernen Küsten preisgibt.

Deutsches Reich.

* Berlin, 19. März. Der Kaiser folgte gestern nach den Schießübungen in Eponon einer Einladung des Offiziercorps nach dessen Kasino zum Frühstücksstapel und nahm alsdann noch an einem Preisrichter der Offiziere theil. Am Abend belauden beide kaiserliche Majestäten die Vorstellung von „Söhn Richard II.“ im Berliner Theater. Heute vormittag begab sich Sr. Maj. nach Kammern, um den hiesigen hiesigen großen Schießübungen beizuwohnen. — Frankfurter Blätter melden, der Kaiser werde am 20. April zum Besuche des Grafen Schlick nach Schlick reisen, um in dessen großen Waldungen sich der Auerbuckhahn zu widmen. Auf Station Jägersfeld wird der Kaiser auch die Duerbuckhahn übergeben. Die heutige Schießübungen sind deshalb anläßlich am 19. Monardon bei dieser Gelegenheit haben beizuwohnen zu wollen. — In der heutigen Sitzung der Stadterordnetenversammlung von Köln theilte Oberbürgermeister Becker ein Schreiben des Oberbaurathes an, wonach der Kaiser das von der Stadt Köln ihm angebotene Fest auf dem Gürzenich genehmigt hat. Die Kaiserin Sr. Majestät nach den Abschlüssen erfolgt voraussichtlich Ende April oder im Mai; einbittige Neffenordnungen sind noch nicht getroffen. — Die Kaiserin belaudete heute vormittag das Augustfest in Charlottenburg. Am 3. Osterfeiertage wird die Kaiserin die tschische Weltbahn mit ihrem Besuche beehren, um dort an der Koninkaktion ihrer jüngsten Schwester, der Prinzessin Zebora, theilzunehmen. Auch der Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein und die Prinzessin Leopold von Preußen werden an diesem Tage in Dresden erwartet. Die Prinzessin Zebora vollendet am 3. Juli d. J. ihr 17. Lebensjahr. — Nach einer Uebersetzung der Post. Ztg. aus London belaudete gestern die Kaiserin Friedrich mit der Königin von England's Gien, wo die Kaiserin ein für von den Euren Schloß erleichtertes Standbild unter entsprechender Feierlichkeit enthielt. — Der Großherzog von Baden hatte heute dem Vorkaiser Stalens Grafen de Lannoy einen Besuch ab. Die Frau Großherzogin belaudete das Augusta-Hospital und machte dabei der Fürstin Mathilde Waldhufen einen Besuch. Gestern nachmittag war die Frau Großherzogin längere Zeit im Elisabeth-Krankenhaus anwesend.

Die allgemeinen Erwägungen, welche bei der Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit dem Kaiser von Oesterreich bei den schlesischen Wäudern zu dem Entschlus geführt haben, Verhandlungen über ein deutsch-österreichisches Handelsvertrag einzuleiten, sind Gegenstand eines ausführlichen Artikels des „Reichsanzeigers“. Angefaßt der überall überhandnehmenden Einzel- und Abschließungspolitik — die ja sonst das wahre Uebel der Schutzzölle ist — hat die deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsräthe der horror voran die Furcht vor der bevorstehenden Befristung der Handels- und des Handels an das nationale Gebiet überfallen und so haben sie sich in der Erinnerung an die frühere wirtschaftliche Zusammengehörigkeit entschlossen, zunächst durch einen auf die beiden Länder beschränkten Tarifvertrag die ihren

Export-Interessen bevorzuehende Schädigung zu mildern. Dabei ist der deutsch-österreichische Vertrag nur als der erste Schritt zu einem engeren wirtschaftlichen Zusammenhänge durch die mittel-europäischen Hauptmächte gedacht. Nachdem inzwischen fast alle europäischen Staaten die noch bestehenden Tarifverträge gelöst haben und die Kriege in Argentinien und Chile den europäischen Handel bedrohen, hat sich, wie der Artikel bemerkt, die Gefahr einer vollständigen Umwälzung der europäischen wirtschaftlichen Verhältnisse nur noch intensiver gestaltet. Einer solchen Schädigung gegenüber dürfte erwartet werden, daß in beiden Richten der Zeitpunkt der schmerzlichen Verhandlungen mehr und mehr von den beteiligten Kreisen im Auge behalten wird, in Wien ist das nicht in geringerer Weise der Fall. Um übrigens geht aus dem Artikel mit voller Deutlichkeit hervor, daß der Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn, falls derselbe zustande kommt, nicht eher in Kraft treten soll, bis ähnliche Verhandlungen mit den übrigen europäischen Staaten, vor allem mit Frankreich, Italien, Schweiz u. a. zustande gekommen sind. Der neue deutsch-österreichische Tarifvertrag würde dann für die Neugestaltung der handelspolitischen Verhältnisse Europas dieselbe Bedeutung gewinnen, wie der durch Cobden vermittelte englisch-französische Handelsvertrag im Anfang der sechziger Jahre. Wenn diese Hoffnungen sich erfüllen sollen, wird die Regierung freilich für die Erleichterung der Handelsbeziehungen sehr viel energischer ins Zeug legen müssen, als das bisher der Fall war.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt heute kurz und bündig: „Die durch einen Theil der Presse gehebenen Gerüchte über den bevorstehenden Eintritt des Staatsministers v. Boetticher entbehren jeder Begründung.“

Aus parlamentarischen Kreisen schreibt man uns: Nimmermehr scheint es selbsten, daß die Aufhebung der Boetticher-Affäre von politischen Faktoren ausgeht, welche dadurch von hinten herum einen Druck auf den Verlauf der handelspolitischen Verhandlungen mit Oesterreich ausüben wollten. Durch die Unterbrechung mit Oesterreich konnten darin tatsächlich empfindliche Rückschläge entstehen, wäre darum schon kein Verbleiben im Amte sehr zu wünschen. Unseres Erachtens nach wäre es nimmer an der Zeit, überhaupt darüber zur politischen Tagesordnung überzugehen.

* In derselben Angelegenheit schreibt die „Allg. Ztg.“: „Der Abg. v. Ramme brachte dieser Tage im Abgeordnetenhause ein Beschlagesuchungsantrag, nach welchem vor einigen Jahren der Welfenorden zugunsten eines Staatsmannes, der durch eine Vermögensübernahme von 600,000 M. in Verbindlichkeit gesetzt war, in Anspruch genommen worden sei, nachdem derselbe die Angelegenheit auf privatem Wege zu ordnen, seinen endgültigen Erfolg hatten. Wir betrachten die Nichtigkeit des Gerichts durch Bemerkungen, welche auch die „Nord. Allg. Ztg.“ übernommen hat. Neuere Nachrichten veranlassen uns jedoch zu der Erklärung, daß die Angelegenheit allerdings einen ersten Schritt gemacht hat. Im Zusammenhang mit der Angelegenheit der Vermögensübernahme über eine angesehene, seine endgültigen Erfolg hatten. Wir betrachten die Nichtigkeit des Gerichts durch Bemerkungen, welche auch die „Nord. Allg. Ztg.“ übernommen hat. Neuere Nachrichten veranlassen uns jedoch zu der Erklärung, daß die Angelegenheit allerdings einen ersten Schritt gemacht hat. Im Zusammenhang mit der Angelegenheit der Vermögensübernahme über eine angesehene, seine endgültigen Erfolg hatten. Wir betrachten die Nichtigkeit des Gerichts durch Bemerkungen, welche auch die „Nord. Allg. Ztg.“ übernommen hat. Neuere Nachrichten veranlassen uns jedoch zu der Erklärung, daß die Angelegenheit allerdings einen ersten Schritt gemacht hat.“

„Unmittelbar nach der Osterpause.“ so schreiben die „Verf. Pol. Anz.“, dürfte das Abgeordnetenhaus den Wünschen der Staatsregierung entsprechend in die zweite Beratung der Landgemeindeordnung eintreten und dieses Werk mit allgemeiner Unterbrechung durch die geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebene Pause zwischen der zweiten und dritten Lesung in Umlaufität rascher Folge zum Abschluß bringen. Es besetzt nicht allein bei der Staatsregierung, sondern auch bei den leitenden Vätern der Welschheit des Abgeordnetenhauses die feste Ansicht, auch die Landgemeindeordnung nach in der laufenden Session zum Abschluß zu bringen. Was an Zweifelhaftigkeit in dieser Hinsicht in der Presse namentlich auch bezüglich des Verhältnisses der konserverativen Partei sehr ausgeprochen wird, entbehrt der tatsächlichen Unterlage. Dies soll insbesondere, soweit es sich um das bezüglich der Eingemeindung und der Bildung von Zweckverbänden geschlossene Kompromiss handelt. Es steht zu erwarten, daß von demjenigen Theile des Centrums, welcher bekanntlich schon in der Koninkaktion einen Standpunkt vertreten hatte, der in ungleich stärkerem Gegenstand zur Regierungsvorlage sich befand, als die Aufspaltung der Koninkation, die Kommissionsbeschlässe dieser Frage wieder werden eingebracht werden. Wenn dabei einfluss auf eine Sprengung der konserverativen Fraktion geredet sein sollte, so dürfte die Rechnung ohne den Wirth gemacht sein. Soweit auf dieser Seite noch Bedenken gegen die Ergebnisse der Kommissionsberatung bestehen, beziehen sie sich vielmehr auf die Ordnung der Kommunalverwaltung in der Zwischenzeit bis zum Erlaß des Kommunalverfassungsgesetzes sowie auf die Bestimmungen über die Ordnung des Stimmrechtes, vielmehr auch auf die Festlegung der Grenze, bei welcher der Ertrag der Gemeindeversammlung durch eine gewisse Gemeindeverteilung obligatorisch wird. Während es sich dort wesentlich um die Frage handelt, in welchem Umfange namentlich auch im Hinblick auf die in Aussicht stehenden Reformen der Einkommen- und Gewerbesteuer sich für diese Zweckzölle feste Regeln bilden lassen werden, steht bezüglich des zweiten Punktes die Frage im Vordergrund, inwiefern bezüglich der Bemessung des Stimmrechtes in der Gemeindeversammlung nach Maßgabe des Grundbesitzes für starrtarifische Festsetzungen Raum gegeben werden soll. Schon jetzt darf indessen

der bestimmten Hoffnung Ausdruck gegeben werden, das es gelingen wird, auch hier zu einer allseitigen befriedigenden Verständigung zu gelangen.

Man schreibt uns aus Berlin: Das von Paris aus über den Entschleunigen Herrn Herbstes wird, kaum kühn länger mehr angefeindet werden. An der Seine fängt die chauvinistische Partei, welche durch den Bismarck'schen Politik der vornehmsten Reserve bereits in den letzten Tagen lag, wieder an, recht selbstbewußt das Haupt zu heben, und darum sind die Anstrengungen, Herbstes aus Berlin zu entfernen, keineswegs ganz aussichtslos. In dieser Beziehung hat die politische Situation sich seit kurzem ungewöhnlich nicht zu unserem Besten wesentlich verändert. Was man dort früher nicht einmal angedenken gewagt hätte, wird heute dort aus voller Kehle von den Dächern gepredigt, nämlich die Revanchepflicht gegen Deutschland, dessen verübte Annäherungsversuche den Chauvinismus mächtig den Raum geöffnet haben. Herr Carnot, über dessen friedfertige Absichten kein Zweifel obwalten kann, sieht tagtäglich mehr das Hervortreten einer occulanten Gewalt, welche unversehens mit allen Mitteln der politischen Intrigue auf einen Konflikt losstreift. In Frankreich fängt die Annäherung, ein zum Verhängnis günstiger Moment könne gar nicht gefunden werden, immer tiefer Wurzel, und Herr Herbstes ist als das erste Opfer angedacht worden, das mit dem Abzug der Revanchepartei gebracht werden soll. ... Selbstverständlich wurde keine Absichtung im Reichswärtigen Amt hier um so reichlicher berühren als man nicht umhin kann, die event. Urheberhaft dem Herrn Reichswärtigen auf Rechnung zu stellen. Sollte es gelingen, Herrn Herbstes von hier fort zu bringen, so ergebe sich daraus für die deutsche Diplomatie naturgemäß eine sehr empfindliche Witzelange. Hoffentlich gelangt es, das rechtzeitig zu verhindern. Man muß das schon darum aufrecht wissen, da gerade Herr Herbstes für die Reise der Kaiserin ebenso wenig verantwortlich gemacht werden würde, wie das deutsche auswärtige Amt. Aus diesem Grunde ist man hier auf den Verkauf dieser chauvinistischen Rabale sehr gespannt.

Nach einer pariser Meldung der Wlad. Z. verläßt Herbstes den Berliner Hof am Ende April. Ueber seinen Nachfolger verlautet noch nichts.

Der neue Kultusminister Graf v. Bismarck's Präsident des hiesigen mittags 12 Uhr die Direktoren, Präses und Bureauvorsteher seines Ministeriums vorkommen, er begrüßte, wie die „Post“ berichtet, die Anwesenden mit den herzlichsten Worten. ... Die Anwesenden läßt er der Herr gelingen“ anknüpfte. Hierbei unterließ er nicht, der hohen Verdienste seines Amtsvorgängers zu gedenken. Darauf erwiderte der Wlad. Geh. Rath Herr D. v. Borghausen, welcher zur Zeit noch die Geschäfte des Unterrichtsreferats führt. Er hob im Anschluß an die Worte des Herrn Ministers hervor, daß Herr v. Bismarck in seinen Abschiedsworten ausgesprochen habe, wie die Wahl seines Nachfolgers ihm den Ministertitel von seinem Amte erleichtere. Zuletzt begrüßte der Herr Minister seinen Einzelnen in der Verammlung und wußte einem Jeden einige freundliche, auf seine Amtstätigkeit bezügliche Worte zu sagen. Der ganze Akt nahm etwa 3/4 Stunden in Anspruch.

Man schreibt uns aus Friedrichshagen: Wenn in Berlin das Schicksal folgendort wird, führt Bismarck habe das „Deutsche Tageblatt“ durch eine angelegliche hier lebende Mittelperson antaufen lassen und dadurch dessen offizielle Beziehungen zu konventionellen Parteienstellung mit einem Schläge unterbinden, so tonirte diese Darstellung durchaus nicht den Tatsachen, welche bei diesem Blatte den Anschluß gegen die Interessen solcher Ansicht des Blattes ist, weder direkt noch indirekt von hier aus beruht worden. Bismarck liegen die betr. Verhältnisse ganz anders und dürfte eine authentische Klärung schon in kürzester Zeit erfolgen. Damit liegt wieder eine pikante politische Uebersetzung in der Luft.

Dem Vernehmen nach hat der Kaiser dem ehemaligen Feldpredigt D. Richter den Rang als Rath erster Klasse verliehen.

Nach dem Bericht, daß die Vertretung der russischen Interessen in Bulgarien demnach von dem deutschen diplomatischen Agenten in Bulgarien, dem Franzosen, übergeben wurde, wird die „Hamb. Kor.“ gemeldet, daß in unterrichteten Berliner Kreisen hiervon nichts bekannt sei.

Der strasburger Polizeipräsident bemerkt in einem Telegramm an die „Allgemeine Zeitung“ die Nachricht des Blattes, wonach am letzten Sonntage die Extrablätter über die Antwort des Kaisers auf die Wünsche eines gewissen Württembergers gerufen und in einigen Briefschaften lärmende Szenen sich abgelistet hätten.

Wien, 19. März. Der Provinziallandtag lehnte den Antrag des polnischen Provinzialparlaments auf Gewährung einer landesweiten Subvention gegen die Schädlichkeit ab. ... Die polnische Provinzialparlament verlangte die Fortbildungsschule gewährte Beihilfe. ... Die polnische Provinzialparlament verlangte die Fortbildungsschule gewährte Beihilfe. ... Die polnische Provinzialparlament verlangte die Fortbildungsschule gewährte Beihilfe.

Am 19. März. Der Provinziallandtag lehnte den Antrag des polnischen Provinzialparlaments auf Gewährung einer landesweiten Subvention gegen die Schädlichkeit ab. ... Die polnische Provinzialparlament verlangte die Fortbildungsschule gewährte Beihilfe.

neulich in Frankreich notwendig gewordene Einkreuzen gegen die bei den Rennen überhand nehmende Spielwut die preussische Staatsregierung veranlaßt, der Frage näher zu treten; es sollen augenblicklich Erörterungen über die weitere Zulassung des Totalfaktors auf den Rennbahnen innerhalb des preussischen Staatsgebietes stattfinden.

Der Reichskommissar v. Wissmann hat am 1. März d. J. ein Pulver- und Waffenmonopol für Deutsch-Ostafrika eingeführt.

Der „Hamb. Börsenbote“ wird aus Gabun vom 15. d. gemeldet, daß die drei Handelssektionen der Firma Jansen & Thormalen, welche sich der Forschungs-Expedition des Dr. Zintgraf von Barotzi aus in das Innere durch die feindlichen Dschungelstämme angeschlossen hatten, um im Atlantische eine Hospitalkolonie zu errichten, ihre beiden Führer Helfer und Tiedt infolge von Kämpfen bei Barotzi durch den Tod verloren haben. Der Expeditionsmeister Carlsen wurde in Daiti stationiert, der dritte Handelsführer Caulwell blieb im Dschungellande zurück, während Dr. Zintgraf sich wohlbehalten wieder in Kamerun befindet.

Die „Hamb. Nachrichten“ melden, daß die englischen Gesellschaften für die Eisenbahnfrage die Kommission ihrer Regierung nicht erlangen konnten, eine Art Schiedsgerichtshof in Berlin errichten wollen, welcher die Ansprüche der einzelnen Parteien unter Mitwirkung des auswärtigen Amtes prüfen und darüber entscheiden soll. Die Regierung begünstigt das Projekt bisher nicht.

Im Ministerium für Handel und Gewerbe wird, wie die „Allg. Ztg.“ schreibt, für die Erweiterung einer Anlagen im neuen Gebäude die Stelle eines Ministerialdirektors eingerichtet werden. Für sie ist, dem Vernehmen nach, der Geh. Oberregierungsrath und vortragende Rath dieses Ministeriums, Bohmann, in Aussicht genommen. Er ist ein lebhafter Vertreter eines ausgehenden Arbeiterthums, den Bestrebungen der Handwerker, durch Zunahmen mit neuen Kreisen zur Erhaltung des Mittelstandes beizutragen, steht er festlich oder kühl gegenüber.

In einem Rückblick auf den ersten Theil der Session sagt der parlamentarische Mitarbeiter der „Dresdener Ztg.“: Es ist eine Session, die an Anstrengungen alles übertrifft, was früher erlebt worden ist. Die Zahl der niedergeborenen Kommissionen waren viele mit 21 oder 23 Mitglieder besetzt. Viele dieser Kommissionen haben zahlreiche Sitzungen gehabt. Das Patentgesetz ist im Plenum ein bis angenommen worden, weil es die Kräfte der Mitglieder überstieg, diesem Gesetze und den mit demselben verknüpften schwierigen Fragen eingehende Behandlung zu widmen. Von 10 bis 12 im Abgeordnetenamt, von 2 bis 6 im Reichstagsamt, und das mit den Schlußworten des Reichstags hat nur ein ungewöhnlicher Lebenslauf. Keiner hat sich diesen Fesseln ausdauernd und williger unterzogen, als Windhorst und er hat seinen Geist mit dem Leben bezahlt. Ihm ist das Geschick beschieden gewesen, welches Fürst Bismarck sich einmal erwünscht hat: in den „Stehlen“ zu sterben.

Die Frage, wie das Gehaltsverhältnis der Abgeordneten Dr. Windhorst durch Momente zu ehren ist, wird in den Organen der Centrumpartei bereits lebhaft erörtert. Die „Germania“ fordert zur baldigen Veranlassung von Sammlungen an, erklärt dabei, daß ein ein Standbild des Führers in Stein oder Erz von niemandem gedacht werde und daß nur Schülungen im Geiste die besten Beweise seien, wie die Wariensirde im Sommer ins Auge zu fassen sein. Es könnte durch Foketten mit einem Schläge nicht nur die Baukosten von 40-50,000 M., welche auf der Wariensirde laitet, gespart, eine Dotation für Geisteskräfte und Kultuskosten zu Gunsten dieses Viehinsinnes Windhorst beschafft, sondern auch in Berlin in eine St. Volschhistris als Seitenstück und vielleicht noch andere weltliche Stellungen im Sinne und zu Ehren des Toten errichtet werden.

Nach dem Bericht, daß die Vertretung der russischen Interessen in Bulgarien demnach von dem deutschen diplomatischen Agenten in Bulgarien, dem Franzosen, übergeben wurde, wird die „Hamb. Kor.“ gemeldet, daß in unterrichteten Berliner Kreisen hiervon nichts bekannt sei.

Der strasburger Polizeipräsident bemerkt in einem Telegramm an die „Allgemeine Zeitung“ die Nachricht des Blattes, wonach am letzten Sonntage die Extrablätter über die Antwort des Kaisers auf die Wünsche eines gewissen Württembergers gerufen und in einigen Briefschaften lärmende Szenen sich abgelistet hätten.

Wien, 19. März. Der Provinziallandtag lehnte den Antrag des polnischen Provinzialparlaments auf Gewährung einer landesweiten Subvention gegen die Schädlichkeit ab. ... Die polnische Provinzialparlament verlangte die Fortbildungsschule gewährte Beihilfe. ... Die polnische Provinzialparlament verlangte die Fortbildungsschule gewährte Beihilfe.

Am 19. März. Der Provinziallandtag lehnte den Antrag des polnischen Provinzialparlaments auf Gewährung einer landesweiten Subvention gegen die Schädlichkeit ab. ... Die polnische Provinzialparlament verlangte die Fortbildungsschule gewährte Beihilfe.

Preussischer Landtag.

(Bericht der Sole-Strg.)
Abgeordnetensaal.
62. Sitzung vom 19. März, 11 Uhr.

In der dritten Beratung der Wasserregierungsangelegenheiten für das Gebiet der Rupper und ihrer Nebenflüsse äugert

Abg. Schr. v. d. Red. (widt.) Bedenken gegen die Bestimmungen über die Expropriationen, welche mit den Grundprinzipien unserer Verfassung im Widerspruch stehen. ... Die Abg. v. Eymer (nl.) und v. Zedernann-Bonst. (nl.) stellen die Bedenken des Abg. v. d. Red. ebenfalls nicht, da es sich hier allein um die lokale Angelegenheiten der Rupper handelt und ein öffentliches Interesse nicht vorhanden ist. ... Das Gesetz wird hierauf in dritter Beratung definitiv angenommen, ebenso ohne Debatte das Gesetz betr. den Rechtszustand zum Herzogthum Sachsen-Meiningen an Preußen abgetretener Gebiete im Freie Weissenfels, sowie die Abtretung preussischer Gebiete an Sachsen-Meiningen, sowie das Gesetz betr. eine Erweiterung des Staats-Geldbuchs.

Darauf wird die zweite Beratung des Etats fortgesetzt bei dem Eisenbahnetat.

Gleicher wird gleich zur Debatte gestellt der Antrag Richter über die Verlegung von Lieberichten über die Zahl der dienstfähigen Soldaten des Stations-, Strecken-, Fahr- und Werkstättenpersonals der Staatseisenbahnen und über die Zahl und die Einkommensverhältnisse der diätarischen Beamten der Staatseisenbahnverwaltung. Die Kommission beantragt die Annahme des Antrages in einer durch den Reichstagen zu beschließenden Beschlusse. ... Die Kommission beantragt die Annahme des Antrages in einer durch den Reichstagen zu beschließenden Beschlusse. ... Die Kommission beantragt die Annahme des Antrages in einer durch den Reichstagen zu beschließenden Beschlusse.

Geb. Rath Lange erwidert, daß bereits ein Projekt des Imbues des Bahnhofs in Ueberarbeitung ist und sobald als möglich dem Saule vorgelegt werden würde.

Abg. Vidler (Gr.) wünscht ein günstigeres Anstellungsverhältnis der Eisenbahnbeamten in Eisenbahndirektoren.

Ministerialdirektor Preßler verweist auf die in Aussicht genommene Vermehrung der etatsmäßigen Stellen, durch welche auch die Verhältnisse dieser Beamten gebessert werden würden. Auf eine Anfrage des Abg. Richter (Hr.) erklärt Reichert Abg. Bohren, daß viele Bezeichnungen von Eisenbahnbeamten bisher in der Budgetkommission noch nicht bekannt waren können. In Bezug auf die in der Resolution nicht erwähnte Angabe der dienstfreien Tage der Eisenbahnbeamten habe sich ergeben, daß für das Bureaupersonal diese Verhältnisse ähnlich wie bei den übrigen Beamten geregelt seien; bei dem Stations-, Fahr- und Streckenpersonal seien die Verhältnisse aber nicht gleich; die Centralverwaltung habe nur allgemeine Direktiven erlassen können. In der Frage obgleich auch die Beamten an jedem dritten Sonntage Zeit zum Kirchenbesuche und bei Wechsel von Tag- und Nachtarbeit einen vollen Ausgab. In Bezug auf die etatsmäßige Anstellung der diätarischen Beamten sei zugegeben, daß das Anstellungsverhältnis gegenwärtig ein sehr ungünstiges ist. Es sei zu wünschen, daß jedenfalls nach einer fest bestimmten Anzahl von Dienstjahren die definitive Anstellung erfolgt. ... Die Kommission beantragt die Annahme des Antrages in einer durch den Reichstagen zu beschließenden Beschlusse.

Abg. Bohren (nl.) spricht die Hoffnung aus, daß die Verhältnisse der Diätäre im Direktionsbezirk Magdeburg eine Besserung erfahren würden, namentlich durch eine Vermehrung der etatsmäßigen Anstellungen. Der Direktionsbezirk Magdeburg sei in dieser Beziehung am schlechtesten gestellt. Deshalb sei auch eine häufigere Verlegung der dortigen Diätäre nach anderen Direktionsbezirken wünschenswert. Abg. Bohren (nl.) wünscht, daß den Beamten Bezüglich gemacht würde, daß ihnen das Verbleiben bei einzelnen Abgeordneten nichts nützen könne, da die private Thätigkeit der Abgeordneten meistens seinen Erfolg habe. Geb. Rath Lange verpricht ein möglichstes Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltung auch gegenüber den Diätären im Bezirk Magdeburg. In Bezug auf eine Anfrage des Abg. Cremer in der Kommission erwidert er, daß die Verhältnisse der Beamten im Bezirk Magdeburg in Bezug auf die Budgetzeit nicht ungünstiger gestellt sei, als das Personal auf den übrigen Staatseisenbahnen.

Eisenbahnminister v. Magbach giebt die Erklärung ab, daß, wenn die Resolution Richter nach dem Kommissionsbeschlusse zur Annahme gelangen würde, ihr für die Mehrzahl der Eisenbahn- und Bahnverwaltung Folge gegeben werden würde. Für die übrigen Stellen sei er aber vorläufig noch nicht in der Lage, eine verbindende Erklärung abzugeben.

Abg. Richter erklärt im Gegenfall von Abg. v. Eymer, daß es jedem Abgeordneten überlassen bleiben müsse, Fällung mit einzelnen Bevölkerungsklassen zu unterhalten und von dem, was ihm anberaht wird, in seine Gebrauche zu machen. Die Beamten sollten sich durch die Bemerkung des Abg. v. Eymer nicht abhalten lassen, sondern in einzelnen Angelegenheiten ein besonderes Verhalten zu zeigen.

Ministerialdirektor Preßler bittet, jedoch, wo Beamten von Beamten vorgebracht würden, genau den Betrag, die Kategorie von Beamten und die Verlegen angeben, da sonst eine Unterbindung der Begehren nicht möglich sei.

Abg. v. Eymer erwidert dem Abg. Preßler, er habe die Beamten nur darauf aufmerksam machen wollen, daß der Einfluß einzelner Abgeordneten nicht so groß sei, wie der des ganzen Reichstages, er habe deshalb die Beamten auf den offiziellen Weg zu beziehen.

Abg. Cremer (widt.) erwidert dem Regierungsminister, er habe in der Kommission ausdrücklich von den Eisenbahnbeamten der Städte und Jungbahr gesprochen.

Die Debatte wird geschlossen und die Resolution Richter nach dem Antrage der Budgetkommission in dem Sinne angenommen. Abg. Richter, Stationsbeamte wünschen

die Abg. Dr. Richter (nl.) und Sander (nl.) eine Aufbesserung der Bahnmeister. Beim Titel: „Erneuerung des Oberbaues“ wünscht Abg. Dr. Sattler (nl.) Augustin über die Vermehrung des Personal im Eisenbahnbau des Oberbaues.

Geb. Rath Scherzer erwidert, daß man zu einem abschließenden Urtheile darüber noch nicht kommen können, man müsse es noch auf Verdictstrecken anwenden, namentlich, da die bisherigen Verdictstrecken auf ganz anderen Linien gelegen hätten. Auf der Stadtbahn habe sich das Duerichwellenheiten besser bewährt, deshalb werde dieses bei Erneuerungen durchgängig angewendet.

Der Reichstag beschließt die Eisenbahnetat mit dem Beschlusse genehmigt. Die Verhandlungen des Landeisenbahnetats vom Jahre 1890, sowie die Berichte über die Betriebsergebnisse und die Vauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnverwaltung im Jahre 1890 werden durch die Kenntnisnahme erledigt, nachdem Abg. Sattler (nl.) um Verständigung des Heuss der Reichstagen Goldberg-Walden-Schirberg, Berg und Bolin v. Albaum vorgelesen werden und überhaupt für schnellere Beschlüsse der bewilligten Voten zu Gunsten der Interessenten und auch zum vorkünftigen Vortheil der Staatsbahnverwaltung eingetreten ist.

Es folgt der Etat der Hauerhaltung. Beim Kapitel des Ordinarius „Technisches Bureau“ giebt

Abg. Sattler (nl.) seiner Vertheidigung weiterer Ausdruck, daß namentlich die Hauerhaltung vom großen Generalstaats das Rückentwicklung übernehmen könne. Sodann tritt er auf Verbesserung der Vernehmungsbeamten bei der Generalkommission. Dann werde auch dem Wandel an die Beamten abgeholfen werden. Das Ordinarium wird ohne weitere Debatte genehmigt. Beim „Extra-Ordinarium“ Titel „Zur Requirierung der Ober- und unteren Eisenbahnen“ wünscht

Abg. v. Buch (nl.) die Aushebung einer Summe für Befestigung

gung der Deputierten an den stachen Stellen im Interesse der Provinz.

Der Ministerpräsident wird erwidert, daß die Befestigung der Westgrenze nicht gebildet haben würden, sollte mit einer Verbesserung des dortigen Stromgebietes vorgegangen werden. Mittel dazu seien bereits vorhanden.

Der Herr v. S. zum Neubau des sal. Schlosses in Slettin wird nach dem Antrage der Kommission geantwortet.

Der Herr v. S. zur Vorbereitung des Neubaus eines Geschäftsgebäudes für beide Häuser des Landtages.

Herr v. S. zum Neubau des sal. Schlosses in Slettin wird nach dem Antrage der Kommission geantwortet.

Herr v. S. zum Neubau des sal. Schlosses in Slettin wird nach dem Antrage der Kommission geantwortet.

Herr v. S. zum Neubau des sal. Schlosses in Slettin wird nach dem Antrage der Kommission geantwortet.

Herr v. S. zum Neubau des sal. Schlosses in Slettin wird nach dem Antrage der Kommission geantwortet.

Herr v. S. zum Neubau des sal. Schlosses in Slettin wird nach dem Antrage der Kommission geantwortet.

Herr v. S. zum Neubau des sal. Schlosses in Slettin wird nach dem Antrage der Kommission geantwortet.

Herr v. S. zum Neubau des sal. Schlosses in Slettin wird nach dem Antrage der Kommission geantwortet.

Sachsen-Anhalt.

9. Sitzung am 19. März, 12 Uhr.

Eine Reihe neuer Mitglieder ist in das Haus eingetreten, darunter der Oberbürgermeister von Danzig Dr. Baumbach und Staatssekretär Hoffe.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Einkommen-, Erbschafts- und Gewerbesteuergesetzes, welche angenommen zur Beratung gestellt werden.

Graf v. Stolberg erklärt sich zwar für einen Gegner der Deflation, hält aber, wenn man sich einmal auf den Standpunkt der Deflation stellt, die Bestimmungen des Gesetzes in dieser Hinsicht für unbedenklich. Die meisten Bedenken gegen die Steuer sind, wie er einwürgelt, nicht im Interesse der Deflation, sondern im Interesse der Deflation, die Deflation ist aber durchaus schädlich. Er höher der Prozentfuß, desto größer sei die Gefahr der Defraudation. Der Prozentfuß von 4 Proz. ist ihm über das Maß der Gerechtigkeit hinausgeschritten. Eine hohe Besteuerung werde zur Folge haben, das eine große Anzahl Auswanderungen reicher Leute stattfinden werden. Ein Ziel der Steuerreform müsse die Erhebung eines Aufschlags für das neue Einkommen sein. Wenn aber jetzt ein so hoher Prozentfuß erhoben wird, so wird die Erhebung eines Aufschlags weiterhin kaum möglich sein. Das Minus, das sich aus einer Herabsetzung der Progression für die höchsten Einkommen ergebe, werde nicht beträchtlich sein. Sollte der Ausfall aber über Erwartung groß sein, so werde das um so mehr einen Aufschlag geben, diesen ein Aufschlag zum anderen Einkommen zu ergeben. Die Bestimmungen über die Verwendung der Ueberlässe erklärt Herr v. S. für befriedigend, da eine vollständige Befreiung der Grund- und Gewerbesteuer angestrebt werden müsse.

Graf v. M. irach glaubt, daß mit den vorliegenden Gesetzen das Problem der direkten Steuern nahezu gelöst ist. Gewiss ist dies nur für die Annahme des Falls, daß die Deflation die Aufnahme eines Satzes in die Paragrafen, welche die Verwendung der Ueberlässe regeln, wonach die Regierung tatsächlich die Verpflichtung übernimmt, eine Befreiung der Grund- und Gewerbesteuer eintreten zu lassen. Gegen die Befreiung der Altiengeellschaften will sich Herr v. S. nicht erklären, wenn ihm nachgewiesen werde, daß dies eine Doppelbesteuerung bringe. Vor allem müsse er gegen die Höhe des Satzes von 4 Proz. wenden. Eine Ermäßigung müsse eintreten. Das finanzielle Minus des Gesetzes nicht in Betracht kommen, weil die direkten Steuern innerhalb des ganzen Etats keine große finanzielle Bedeutung haben. Vor allem müsse die völlige Befreiung der Doppelbesteuerung des Grundbesitzes erfolgen, der schon jetzt durch die neuen Abwehrverpflichtungen schwer belastet ist. Dazu kommen die Bestimmungen über die Verwendung der Ueberlässe der Grundbesitzer, welche die Einkommen aus der Landwirtschaft zu vermindern drohen. Eine solche Abänderung würde aber auch die Einkommen des Reichs und Preußens schmälern. Darum sollte die Regierung die Frage der Ueberlässe im österreichischen Handelsvertrage allerdings unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes mit großer Vorsicht behandeln.

Herr v. D. irant hält eine Prozentfuß höhere Herabsetzung der größeren Einkommen gegenüber der niedrigeren Einkommen, für welche eine noch weitergehende Ermäßigung wünschenswert wäre, am Abg. da das ein Ausgleich für den Mangel einer entsprechenden Befreiung des indirekten und unindirekten Einkommens darstelle. Der Satz von 4 Proz. ist allerdings hoch, Herr v. S. will aber für denselben stimmen, falls die übrigen Bestimmungen des Gesetzes seinen Wünschen entsprechen. Die Ueberweisung der Grund- und Gewerbesteuer hält er auch nicht für die geeignete Maßregel, die Doppelbesteuerung des Grundbesitzes aufzuheben; dazu sei eine volle Befreiung dieser Steuer notwendig.

Finanzminister Dr. Miquel gibt zu, daß das Abgeordnetenhaus in vielen Punkten wertvolle Verbesserungen vorgenommen habe, und bittet daher das Haus, sich in Abänderungen eine möglichst große Freiheit anzugewöhnen. Er ist immer besser, etwas nachzugeben, wenn sonst die Gefahr vorliege, daß das große Minus gelindert werde. Deshalb möge das Verbandsmitglied vom Abgeordnetenhaus die Resolutionen bis 9000 Mk. annehmen, ebenso die Bestimmungen über die Befreiung der Altiengeellschaften der Satz von 4 Proz. abgelehnt werden soll. Herr v. S. der Regierungsvorlage, sowie die Berücksichtigung der Deflationen seitens des Abgeordnetenhaus. Eine solche Berücksichtigung wäre um so gerechtfertigter, als die in der Regierungsvorlage vorgesehene Deflation überaus milde gegen die ist; sie sei auch jetzt sehr einfach, so daß sie von jedem leicht geteilt werden könnte. Auch die Abänderungen des Abgeordnetenhaus, als Veranschlagung für die Vermeidung des Uebervermögensgerichts fällt die Steuergerichtsbarkeit der Regierungsvorlage einzusetzen, möge das Haus annehmen. Das Gesetz lege die Regierung großes Gewicht darauf, den Satz von 4 Proz. für die höchsten Einkommen wieder einzuführen, denn durch die Deflation würden gerade die höchsten Einkommen be-

sonders getroffen werden. Dazu komme, daß die Einkommen durch die Deflation des in dem Einkommen enthaltenen würde, bereits höher belastet werden. Das mobile Kapital würde erheblich höher belastet werden als bisher durch die Deflation, ganz abgesehen von der Wucherung auf die Kommunalsteuer. Die Steuerreform, welche die bisher bestehenden trafen Ungleichheiten ausgleiche, sei eine Nothwendigkeit, damit das demoralisierende Gefühl der Unbilligkeit der Besteuerung in Volksschichten. Nach Maßgabe der Mittel sollen hierzu die Einkommen der Gewerbesteuer sowie die Grund- und Gewerbesteuer vollständig auf Kommunalsteuer gemacht werden, und ebenso soll künftig das Problem der gerechten Besteuerung des indirekten und unindirekten Einkommens, soweit das überhaupt möglich ist, gelöst werden. Einer weiteren Untersuchung hinsichtlich der Befreiung des indirekten und unindirekten Einkommens schiedlich, aber der Satz von 4 Proz., mit welchem Breiten auch ganz allein stehen würde. In Bezug auf die Verwendung der Ueberlässe über die Festlegung des Abgeordnetenhaus einen viel stärkeren Druck auf die Regierung aus, die Ueberlässe wirklich zur Ueberweisung der Grund- und Gewerbesteuer zu verwenden, als es irgend eine andere Forderung vermöchte; sie sichere die weitere Steuerreform. Die Ueberweisung der Grund- und Gewerbesteuer an die Kommunen bedeute doch die Befreiung derselben als Staatssteuer. Die Kommunen werden nach Zustande kommen des neuen Uebervermögensgesetzes den Vortheil einer sicheren Einnahme haben. Man dürfe auch die Bedeutung der direkten Steuern für den Staat nicht unterschätzen; denn gerade diese sei eine feste Basis der Staatsfinanzen und im Falle des Krieges sei man auf die direkten Steuern hauptsächlich angewiesen.

Graf v. S. irach erklärt sich vollständig auf dem Boden der Vorlage, wie sie aus dem Abgeordnetenhaus hervorgegangen ist.

Herr v. S. irach tritt für die Steuerfala der Budget ein, hält aber eine volle Befreiung der Grund- und Gewerbesteuer für unzulässig.

Finanzminister Dr. Miquel wiederholt, daß die Ueberweisung der Grund- und Gewerbesteuer eine Befreiung derselben als Staatssteuer bedeute. Eine Aushebung auch als Kommunalsteuer wäre unbedenklich.

Abgeordneter W. irach erklärt, daß die Vorlage einem Bedürfnisse nachkomme, das sich schon lange geltend gemacht habe. Herr v. S. irach gegen die Befreiung der Altiengeellschaft, welche eine Doppelbesteuerung ist, sowie gegen den Satz von 4 Proz. für die höchsten Einkommen.

Das Einkommen- und Erbschaftssteuergesetz werden basierend auf einer Kommission, welche im nächsten Monat besitzend, die Einkommen- und Erbschaftssteuer vorläufig auf eine besondere Kommission von ebenfalls 15 Mitgliedern.

Der Gesetzentwurf, betr. die Veränderung der Grenzen einiger Kreise in den Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Sachsen, Hannover und Mecklenburg wird ebenfalls angenommen, ebenso eine wertvolle Debatte der Entwurf einer Schlichterordnung für den Reichsbahnverkehr, welche von einigen von der Kommission beantragten redaktionellen Abänderungen.

Die Nachrichten von der Verwaltung der preussischen Staatsbergwerke, -Säulen und -Salinen werden in einmaliger Schlussberatung durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr (Wahlabschiedsgebet, kleinere Vorlagen).

Schluss 3/4 Uhr.

Ausland.

Italien. Von den gestrigen Trauerfeierlichkeiten für den Prinzen Jerome Napoleon berichtet man uns aus Rom:

Am 9. Uhr setzte sich der Zug mit der Leiche des Prinzen in der bereits gemeldeten Ordnung in Bewegung. Als Beileide auf der Piazza del popolo angekommen war, wurde der Sarg in die Parochialkirche getragen, wo in Gegenwart der Prinzen und der hohen Staats- und Hof-Würdenträger dem Verstorbenen die Absolution erteilt wurde. Darauf setzte sich der Zug wieder in Bewegung nach der Palazzo, indem er dem Weg über den Corso und die Nationalstraße nahm.

Der Zug trat gegen 1 Uhr nachmittags am Palazzo ein. Den Beileidewagen schiederten acht Kränze, zwei Wagen mit Kränzen folgten. Der Leichenort wurde vom Prinzen Viktor Napoleon geführt, zu dessen Rechten der Herzog der Abruzzen, als Vertreter des Königs, stand. Es folgten das diplomatische Corps, mit Ausnahme des französischen Botschafters, und des Botschafters der italienischen Botschaft, ferner die Minister, die Vertreter der Behörden und eine große Anzahl Offiziere. Truppen der Garnison eröffneten und schlossen den Zug. Der König geleitete entlassenen Hauptes die Leiche bis zum Thore des S. Petrus de Russis und begab sich sodann mit der Prinzessin Klodine nach dem Casino, wo dieselbe bis zu ihrer Abreise nach Turin verbleiben wird.

Wie uns aus Rom weiter gemeldet wird, soll auf ausdrücklichen Wunsch des Verstorbenen das Testament desselben erst nach der Bestattung und in Gegenwart des Prinzen Viktor eröffnet werden. Das beim Staatsrat Philipp hinterlegte Testament sagt tatsächlich dem Prinzen Ludwig Napoleon zum Erbfolger des bonapartistischen Kronerbes ein, doch ist die Annahme seitens des Prinzen Ludwig wegen dessen Stellung im russischen Heere zweifelhaft. Prinz Viktor ist unmittelbar nach dem Tode Jerome Napoleons als Haupt der Dynastie Bonaparte anerkannt worden.

Madrid in Paris die Nachricht vom Tode des Prinzen eingelaufen war, sammelte sich die Vermittlungs-Gruppe bei einer Tagesordnung an, in welcher sie dem Prinzen Viktor Napoleon ihr tiefstes Beileid und ihr Vertrauen ausdrückte. Ferner wurde beschlossen, durch die Vermittlung des Baron de Brunet am Tode des Prinzen Jerome einen Kranz mit der Aufschrift: „Die republikanischen plebiszitären Gruppen ihrem Führer und Freunde“ niederzuliegen.

Die Finanzdebatte in der Kammer begann gestern mit bedeutenden Reden Glens's und Comin's, welche große organische Reformen forderten und die Ersparnisvorlagen der Regierung heimlich und kränkerhaft nannten. Die Debatte wurde morgen mit der politisch hochbedeutenden Abstimmung über die Tagesordnung Plebans's enden. Der Sieg der Regierung ist wahrscheinlich. Für heute wird eine Rede Crispin's zur Verteidigung seiner Politik entgegengesetzt. Großen Unmut hat die Vorlage des Schatzministers erregt, anstatt der 4 Proz. Bahnobligationen für Deckung der Bahnanlagen 145 Millionen Rente auszugeben und dieselbe dem für den Umlauf der Staatsnoten geschaffenen Garantiefonds zu entnehmen. Die 4 Proz. Obligations würden jedoch die Stelle der Rente einnehmen. Der Schatzminister erklärte sich zu dieser Vorlage durch die Marktverhältnisse genötigt.

Frankreich. Die Deputiertenkammer hat gestern einen im Senat bereits erledigten Gesetzentwurf angenommen, wonach Untertanen aller Waffengattungen nach dreijähriger Dienstzeit zu Pensionaten befördert werden.

Dieses Gesetz bedingt eine Mehrzahl von 500,000 Franc. Der Deputierte Rouffort richtete an die Regierung einen Antrag in betreff der Lage in Tonking.

Die Regierung erwiderte, daß die militärische Verwaltung Tonking die Ueberweisung, weil die Ruhe in Tonking noch nicht hergestellt ist. Der Unterstaatssekretär der Kolonien, Fleury, erkannte an, daß die Fälle von Violette in Tonking sich gemehrt haben, allein es genüge ein von Gochingina nach Tonking geschicktes Bataillon, um die Ordnung wiederherzustellen. Die Lage in Tonking habe sich nicht verschlimmert, sondern im Gegenteil verbessert. Die Regierung werde in dem Bestreben fortfahren, die Verhütung der Kolonie herbeizuführen, indem sie die Hingebung der Truppen so wenig als möglich in Anspruch nimmt und die Ueberweisung der Vandenbücker auf friedlichem Wege zu erlangen sucht. Das Tonking nothwendig, ist, ihm die wirtschaftliche Volkswirtschaft zu verschaffen, deren es bedürfe. — Der tabulare Abg. Naber brachte einen Antrag ein, der das Vermögen der Verwaltungsmittelglieder der Altiengeellschaften mit einer gleichzeitigen Hypothek auf belassen bewahrt. Naber verlangte für seinen Antrag die Dringlichkeit. Der Justizminister Fallières hob die Nothwendigkeit hervor, einen Antrag, der so große Interessen berührt, erst einer näheren Prüfung zu unterziehen und verlangte die Ueberweisung derselben an die zur Revision des Gesetzes über die Altiengeellschaften niedergesetzte Kommission.

Der Ueberweisung an die Kommission wird hierauf von der Kammer Folge gegeben. — Der Abgeordnete P. irach übermittelte die Petitionen von 17,000 Fabrikarbeitern in Marseille, welche sich für Handelsfreiheit auszusprechen wünschelten. Der Kammer lud weitere, mit etwa 15,000 Unterschriften versehene Petitionen von Industriellen der Zell- und Spigenbranche in Calais zugegangen, in welchen gegen die von der Kommission beschlossenen Bälle protestiert wird.

Die Budgetkommission erstellte gestern ihre Zustimmung zu dem am 15. Okt. v. J. mit der „Grande Compagnie des telegraphes au Nord“ unterzeichneten Uebernahmungsvertrag und Betrieb eines zweiten Kabels zwischen Calais, Dover und London.

Die Nachricht, die russischen Krieger, welche im v. J. beurlaubt wurden, seien zurückgekehrt und an Auslands ausgehört worden, wird von auf unrichtiger Seite für vollkommen unbegründet erklärt. Die Beurlaubten seien vielmehr vor einem Monat aus dem pariser Gefängnis nach dem Gefängnis in Angers übergeführt worden.

Der Ober-Präsidentenbrüder von Danzig, General Sebiny, ist durch General v. S. irach ersetzt worden.

Belgien. In diplomatischen Kreisen Englands verläutet, daß der Zweck der Reise des Königs Leopold nach England darin bestehe, einer Kongo-Affäre die Wege zu ebnen. Lord Salisbury soll in einer intimen Unterredung mit dem König die Unterhaltung dieses Unternehmens durch die belgische Regierung, welche Kamerun sich vertragen wird, ohne die Resolutionenfrage zu erledigen, machen einen sehr unangenehmen Eindruck; bei dem Hofe waltet die Meinung ob, daß nur in einem allgemeinen Ausstände noch Aussicht auf Erfolg liegt. Bereits innerhalb der nächsten Tage wird ein gewaltiger Ausstand in den Cockerill'schen Stahlwerken zu Seraing erwartet. Der Streik zu Jenu im Borinage ist beendet. Gestern nacht brach ein Ausstand in Angleur bei Lüttich aus. Die Arbeiterpartei organisiert in den Industriezweigen 25 Verammlungen zugunsten eines allgemeinen Ausstandes.

Der Jahrestag der Commune wurde gestern im frühesten Volksstimm gezeigt. In Lüttich hat ebenfalls eine große Volksfeier stattgefunden.

Ungarn. Ueber die Abfertigung des moskauer Generalgouverneurs Fürst Dolgorouff gegen der „Pol. Corr.“ aus Petersburg sensationelle Mittheilungen zu. Die „Entlassung“ sei dem Fürsten völlig überraschend gekommen und in ziemlich unangenehmer Weise erfolgt. Verschiedene Umstände hätten mitgewirkt, um beim Jaren den schon lange gehegten Wunsch, den alten Dolgorouff in Rußland zu versetzen, zur Reize zu bringen. Weiter heißt es in der Zeitung:

„Schon seit Jahren zirkuliren Gerüchte über gewisse Beziehungen, in welchen der russische Generalgouverneur zu einer alten ungarischen Gräfin, Bekimben und Verwandten jeder Art in Moskau stand, Beziehungen, welche die Unabhängigkeit dieses hohen Funktionärs in merklicher Weise beeinträchtigt haben sollen. Man fand sich jedoch hohen Orts veranlaßt, diesen Vorgängen gegenüber so lange wie nur möglich ein Auge zuzudrücken. Dazu kam aber nun, daß in ungarischer Zeit die Kärntnerfäule der Regierung, welche hofmäßig die Rechte der Juben in Ungarn immer mehr einschränken sucht, auf den Umstand geachtet wurde, daß der Generalgouverneur eine förmliche Invasion von israelitischen Elementen nach Moskau gestattet hatte, und zwar im offenkundigen Widerspruch mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. In Petersburg wurde deshalb die Sache unumwunden behauptet, daß die Begegnung der Juben nicht ohne konkrete Anerkennung der Letzteren geblieben sei und daß der Fürst sich nicht geweigert habe, dem Juben in dieser, wohl einer näheren Kennzeichnung nicht bedürftigen Form zuzustimmen. Würde dies schon in den maßgebenden Kreisen einen sehr erheblichen Eindruck hervorgerufen, so war vollends die Stellung des Fürsten Dolgorouff geachtet, letzter Stellung den letzten Stoß zu versetzen. Der bisherige Generalgouverneur hat nämlich an den Jaren im Namen Moskaus eine Adresse gerichtet, deren Vereinfachung der Jar, weil das Schriftstück „in ganz unangenehmer Form“ dem Juben ein vollkommenes Negativprogramm anzuhandeln bereitete, ausdrücklich verbot. Nichtsdestoweniger fand Fürst Dolgorouff den Muth, die Adresse in der in Moskau erscheinenden amtlichen Zeitung abdrucken zu lassen. Damit hatte er nun sein eigenes Uebelthun unterbreitet. Es geht übrigens auch aus der Form des Schriftstückes des Fürsten Dolgorouff, welches einmüthig mit Alexander's oben eingeleiteter Worte: „Ihr hochwollender“ oder „Ihr dankbarer“ unterzeichnet ist, hervor, daß die Vereinfachung einigermassen in Ungnade verfiel.“

Nachfolger Dolgorouff's ist, wie bereits mitgeteilt, der zweijährige Bruder des Jaren, Großfürst Sergius, ernannt worden. Derselbe wird sich, nachdem seine Gemahlin, Prinzessin Elisabeth von Hessen, am Sonnabend ihren Uebertritt zur orthodoxen Kirche vollzogen haben wird, n. B. auf seinen neuen Posten begeben.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Prima Damen-Plaids, in den apartesten Farbenstellungen, J. Lein, reine Wolle, extra gross, jetzt Mk. 1,90. Halle, Saale.

15. Breitestr.
Berlin C.
Feste Preise.

Rudolph Hertzog

Aufträge von
20 Mk. an,
Proben, Preislisten
franco.

Schwarze Seiden-Stoffe und Sammete.

Satin Merveilleux.

Ganzseide. Solide, glänzende Qualitäten. Breite 50—56 cm, das Meter **Mark 2,00. 2,25. 2,50. 3,00. 3,50. 3,75. 4,00. 4,50** und **5,00.**
Halbseidene Merveilleux, Breite 46 cm, das Meter **Mark 1,35.**

Seiden-Atlasse.

Ganzseide. Schwere reiche Qualitäten.
Breite 53—60 cm, das Meter **Mark 4,00. 6,00. 7,50 u. 9,00.**
Halbseiden Atlas, Breite 48 cm, das Meter **Mark 2,25.**

Gerippte Seiden-Stoffe.

Ganzseiden Faille, für falsche Röcke und Unterkleider besonders geeignete Qualität, Breite 51 cm, das Meter **Mark 2,75.**
Ganzseidene, feingerippte Germania.
Breite 54 cm, das Meter **Mark 4,00 und 5,00.**
Ganzseidene, starkrippige Faille Française.
Breite 54—56 cm, das Meter **Mark 3,75. 4,50 und 5,50.**
Ganzseidene, feingerippte Lyoner Faille Diamant.
Breite 58/62 cm, das Meter **Mark 7,50. 9,00 und 10,00.**

Crêpes und Armures.

Ganzseiden Armure Egyptienne. Geschmeidiges, lüsterreiches Crêpe-Gewebe. Breite 53 cm, Meter **Mark 3,25 und 3,75.**
Ganzseiden Surah. Starkgeköpertes Gewebe.
Breite 54 cm, das Meter **Mark 4,00.**
Ganzseiden Armure Toscane. Kleinkörniges, elegantes Gewebe.
Breite 53 cm, das Meter **Mark 4,50.**
Ganzseiden Armure Piqué. Geschmeidiges, elegantes, feinkörniges Muster. Breite 54 cm, das Meter **Mark 5,00.**
Ganzseiden Drap Diagonal. Besondere Neuheit! Crêpeartiges Gewebe mit Körperbindung, Breite 54 cm, das Meter **Mark 6,00.**

Moire Française.

Ganzseide. Vorzügliche Qualitäten.
Breite 53—54 cm, das Meter **Mark 3,50 und 4,50.**

Seiden-Damaste.

Ganzseidene, vorzügliche Qualitäten in überaus reicher Auswahl neuer Punkt-, Bohnen-, Stern-, Blumen- und Fantasie-Muster.
Br. 50—54 cm, das Meter **Mark 3,00. 4,00 und 5,00.**
Schwere Lyoner Qualitäten in besonders reichen Mustern, Breite 56—58 cm, das Meter **Mark 6,50. 7,00. 7,50 und 9,00.**

Gestreifte Atlasse u. Merveilleux.

Reliefartige Streifen auf Atlas-Grund.
Breite 50—51 cm, das Meter **Mark 3,50 und 3,75.**
Reiche Atlas-Streifen auf reinseidenem Rips- und Armure-Royale-Untergrund, Br. 53/54 cm, das Meter **Mark 4,00 und 6,00.**

Seiden-Grenadine.

Ganzseidene, klare Canevas-Gewebe mit neuen, mattglänzenden Jacquard-Mustern, Br. 58 cm, Meter **Mark 4,50.**
Ganzseidene klare Canevas-Gewebe mit Atlas-Pékin-Streifen, sowie mit reichen Damast-Mustern auf gestreiftem Atlas-Untergrund, Br. 56/60 cm, Meter **Mark 5,00 und 6,00.**

Hochfeine Roben-Stoffe.

Fein- und starkgerippte, weiche Gewebe. Seiden-Kette mit Wollen-Einschlag.
Lyoner Victoria-Cristal, Br. 58 cm, das Meter **Mark 6,00.**
Lyoner Bengaline, Breite 60 cm, das Meter **Mark 6,50.**
Lyoner Sicilienne, Breite 58 cm, das Meter **Mark 6,50 und 7,50.**
Crêpe du Japon, Breite 120 cm, das Meter **Mark 10,50.**
Gros de Tours, für Confection, Breite 133 cm, das Meter **Mark 16,00 und 18,00.**

Seidene Futter-Stoffe.

Halbseiden Köper für Tailen- und Aermel-Futter,
Breite 77 $\frac{1}{2}$ cm, das Meter **Mark 2,50.**
Halbseiden Atlas, Breite 60 cm, das Meter **Mark 2,00.**
Ganzseiden Lustrine, Breite 58 cm, das Meter **Mark 2,00.**
Ganzseiden Taffet, schwere Qualität, Br. 70 cm, Meter **Mark 3,75.**

Schwarze Seiden-Sammete. „Croisé-Gewebe“.

Vorzügliche Qualitäten. Br. 47 cm, Mtr. **M. 3,00. 3,50. 4,00.** Mit doppelter Seiden-Kette, Br. 47/50 cm, Mtr. **M. 5,00. 6,00. 7,50 u. 10,00.**
Ganzseidene Köper-Sammete für Roben, Breite 50 cm, das Meter **Mark 15,00 und 18,00.**

Schwarze Gemusterte Seiden-Sammete.

Gestreift Seiden-Sammet. Seiden-Atlas-Grund, schmal- und breit-gestreift, Breite 48 cm, das Meter **Mark 4,50.**
Damassirt Seiden-Sammet. Reicher Atlas-Grund mit neuen, eleganten Jacquard-Sammet-Mustern, Br. 48 cm, das Meter **Mark 4,50.**

Schwarze Seiden-Plüsche.

Schwarze Seiden-Mäntel-Plüsche (Sealskins). Breite 55 cm, das Meter **M. 9,00.** Breite 60 cm, das Meter **Mark 12,00.**

Neuheiten für Besatz: Schwarze Perl-Borden und Galons, auch in Schwarz mit Gold.

Fortlaufend Eingänge von Neuheiten für die Frühjahrs-Saison.